

fenstillständen, der Kontrolle von Militärausgaben und bei der Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts eine nicht immer nur passive Rolle spielen sollte. Als Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrats war sich China eine solche Schlußfolgerung schuldig.

In der Tat hatte Beijing für sich bereits 1988 erste Konsequenzen gezogen. Damals war den UNO-Friedenstruppen der Friedensnobelpreis verliehen worden. Im selben Jahr hatte die VRCh offizielle Mitgliedschaft beim UNO-Sonderausschuß für die Friedenserhaltung angenommen. Seither traten die ersten chinesischen Militärbeobachter in Konfliktgebieten auf, z.B. im Grenzbereich zwischen Kuwait und Irak sowie im syrischen Damaskus. 1992 nahmen darüber hinaus zum erstenmal chinesische Truppen an einer UNO-Aktion zur Erhaltung des Friedens in Kambodscha teil. Gebildet worden waren die ersten chinesischen Blauhelm-Einheiten aufgrund eines Befehls des Generalstabs vom 11. März 1992. Insgesamt leisteten die chinesischen Blauhelme in Kambodscha 18 Monate lang Einsatz. U.a. bauten sie dabei eine 102 km lange Landstraße und reparierten 517 km Straßenabschnitte, machten drei Flughäfen wieder einsatzfähig und setzten 40 Brücken instand.

Von Kambodscha abgesehen, hat China freilich keine Blauhelmtruppen mehr zur Verfügung gestellt - und dies, obwohl sich Beijing längst zu der Erkenntnis hat durchringen müssen, daß es auch nach dem Ende der bipolaren Welt und des Kalten Krieges keineswegs friedlicher zugeht als vorher. Vielmehr träten nun zahlreiche Konflikte, die im Zeichen des Kalten Krieges unterdrückt worden waren, wie z.B. ethnische Dispute, Religionsfehden und territoriale Ansprüche, mit um so größerer Vehemenz an die Oberfläche und eskalierten z.T. in regionale Kriege - man denke an Bosnien-Herzegowina, Somalia, Angola und Liberia.

Die UNO müsse hier beschwichtigend eingreifen und ihre guten Dienste zur Verfügung stellen. Ein Dazwischenhau- bringe allerdings wenig - man denke an den blamablen Ausgang des UNO-Unternehmens in Somalia.

c) Reformen bei der UNO?

Was die Reform der UNO anbelangt, so stünden vor allem drei Probleme im Vordergrund, nämlich die Erweiterung der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat, die Verstärkung der UNO-Effizienz und die weitere Demokratisierung.

Hierbei sei stets auf den wichtigsten Wandel der UNO innerhalb der letzten 50 Jahre Rücksicht zu nehmen, nämlich auf die Steigerung der Mitgliederzahl von ursprünglich 51 auf heutzutage 185, wobei zu bedenken sei, daß die überwältigende Mehrheit der neuen Mitgliedstaaten aus Entwicklungsländern bestehe. (So Qian Qichen, XNA, SWB 2.10.95)

Die Reform der UNO, vor allem der Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat, müsse sich nach dem Prinzip einer "fairen geographischen Verteilung" richten (XNA, 25.9.95) - ein Prinzip, das dem deutschen Antrag auf einen Ständigen Sitz nicht gerade günstig ist, da in Europa ja bereits Großbritannien und Frankreich Ständige Mitglieder sind!

Was die "Arbeitsmethoden des UNO-Sicherheitsrats" anbelangt, so müßten sie dadurch verbessert werden, daß die Verbindungen zur Generalversammlung gestärkt werden. Die Wünsche der Mehrheit der Generalversammlung sollten sich künftig also in den Beschlüssen des Sicherheitsrats stärker widerspiegeln. (XNA, 25.9.95)

Ginge es den Chinesen freilich wirklich um mehr Demokratisierung, so müßten sie eigentlich für eine Abschaffung der Privilegien gewisser Mitgliedstaaten, vor allem der Vorrechte der fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats, eintreten. Damit freilich würden sie sich selbst - als Mitglied dieses privilegierten Clubs - den Teppich unter den Füßen wegziehen. Dies aber will niemand in Beijing. Deswegen bleiben seine "engagierten" Reformvorschläge in dieser Frage mehr oder weniger bloße Wortakrobatik.

In zwei Grundaussagen wird jedermann dem Anliegen Chinas beipflichten, daß nämlich "Friede und Entwicklung" die beiden Hauptaufgaben der gegenwärtigen Welt sind und daß das eine nicht vom anderen getrennt werden kann. "Frieden garantiert Entwicklung", so wie umgekehrt die Entwicklung Voraussetzung jedes dauerhaften Friedens ist. Eine solche Feststellung ist zwingend - und paßt übrigens auch in jede Sonntagsrede.

Eine weitere Reihe von Zielen, wie sie sich China zueigen gemacht hat, dürfte ebenfalls weltweite Zustimmung finden, nämlich die Verhinderung des Wettrenns im Weltall, die Fortentwicklung internationaler wirtschaftlicher Kooperation, die Überwindung der zahllosen

Verschuldungskrisen gegenüber dem Ausland, die Lösung des Flüchtlingselends und die Reduktion der UNO-Haushaltsschulden. Wenn es allerdings um weitere Fragen, wie "totale Abrüstung" und "totales Verbot aller Nuklearversuche" geht, so erweist sich China hier selbst wenig vorbildhaft: permanent rüstet es auf - und zwar angeblich nur zu dem Zweck, um dann wieder abrüsten zu können.

Alles in allem ist es eine höchst zwiespältige Haltung, die die VRCh in ihren Stellungnahmen zur UNO vollzieht.

Wesentlich glaubhafter ist ihre Zustimmung zu zahlreichen Unterorganisationen, sei es nun der UNDP, der WHO und nicht zuletzt der UNESCO, von denen China ja gewaltige Vorteile hat, vor allem soweit der Erziehungssektor in Betracht kommt. Im Bereich der Erwachsenenbildung und der Unterstützung des Grundschulsektors in besonders armen Gegenden ("Projekt Hoffnung") hat die UNESCO der VRCh seit vielen Jahren kräftig unter die Arme gegriffen. Viele Einwohner des abgelegenen Dorfes Humaying im Autonomen Mandschurenkreis Fingning (Provinz Hebei) wissen z.B. nicht, wo Hongkong liegt; fragt man sie aber nach dem Namen des Generalsekretärs der UNO, so erfolgt die Antwort auf Anhieb; hat doch die UNESCO als Beitrag zum "Hoffnungsprojekt" eine Reihe von Grundschulen in der sonst so rückständigen Region errichtet! (Dazu BRU, 1995, Nr. 38, S. 14) -we-

Innenpolitik

*(10)

Die Plenartagung des Zentralkomitees: Wirtschafts- und Personalfragen im Mittelpunkt

Vom 25. bis zum 28. September hat im Beijinger Jingxi-Hotel die 5. Plenartagung des 1992 eingesetzten XIV. Zentralkomitees (ZK) der KPCh stattgefunden. Erst nach Abschluß der Tagung wurde über die Beschlüsse des Plenums in den Parteimedien berichtet. An der Tagung nahmen 176 Vollmitglieder und 125 Kandidaten des ZK teil.

Dem ZK gehören die wichtigsten Vertreter bürokratischer, regionaler und militärischer Interessen im politischen

System der VR China an. Von der Parteispitze getroffene politische und personelle Grundsatzentscheidungen müssen von diesem Gremium gebilligt werden, bevor sie in staatliche Politik umgesetzt werden können.

Im Gegensatz zur Plenartagung des Jahres 1994, als die organisatorische Erneuerung und Straffung der Kommunistischen Partei im Mittelpunkt stand (C.a., 1994/9, S.934-939), richtete sich das Augenmerk diesmal auf die Perspektiven der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung: Ein "Vorschlag des KP-Zentralkomitees betreffend die Formulierung des 9.Fünfjahresplans (1996-2000) für die nationale wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die langfristigen Ziele für das Jahr 2010" wurde von Ministerpräsident Li Peng dargelegt und vom Plenum verabschiedet. (Im Detail siehe Übersichten unter "Binnenwirtschaft")

Inhalt und Ziele des ZK-"Vorschlags", der die Grundlage für die Ausarbeitungen durch den Staatsrat (Regierung) bildet, waren bereits im August auf Arbeitskonferenzen in Beidaihe (siehe C.a., 1995/8, S.672) von der engeren Parteispitze diskutiert und festgelegt worden. In ihren wirtschaftspolitischen Stellungnahmen hatte die Parteispitze um Jiang Zemin, Li Peng und Zhu Rongji in den letzten Monaten eine bemerkenswerte Übereinstimmung in Grundfragen bewiesen und die Notwendigkeit einer zentralisierten Wirtschaftssteuerung, der Erhaltung des staatlichen Industriesektors und eines maßvollen Wachstumstempos hervorgehoben.

Die verabschiedeten Planvorschläge für die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten fünfzehn Jahren ziehen eine positive Bilanz des seit 1979 Erreichten: Das 1980 aufgestellt "strategische Ziel" der Vervierfachung des Bruttosozialprodukts bis zum Jahr 2000 werde bereits fünf Jahre im voraus verwirklicht werden. Auf der Grundlage dieses großen Erfolgs könne nun eine stetige Steigerung des Bruttosozialprodukts bis zum Jahr 2010 angestrebt werden.

Zugleich müsse man sich neuen Herausforderungen stellen: der Umstrukturierung der Staatsbetriebe, der Modernisierung der Landwirtschaft, der Beseitigung von Armut und Hunger, der Erreichung eines leistungsfähigen Systems der sozialen Sicherung und dem Ausgleich des Wohlstandsgefälles innerhalb Chinas.

Der Beschluß des ZK umreißt, ohne detaillierte Zahlenvorgaben oder handfeste Maßnahmenkataloge aufzuführen, eine Strategie der mittelfristigen Entwicklung. Die im ZK-Dokument enthaltenen Vorgaben, Absichtserklärungen und Appelle sind zum großen Teil wenig konkret, besitzen jedoch erhebliche politische Bedeutung, indem sie festschreiben, was innerhalb der Parteiführung wirtschaftspolitisch konsensfähig ist.

Die Abwendung von der "permissiven" Wirtschaftspolitik der Jahre 1992-1993, die bereits 1994 deutlich wurde, wird nun vom ZK bekräftigt. Eine maßvolle Wachstumsgeschwindigkeit soll an die Stelle des Hochgeschwindigkeitwachstums der letzten Jahre treten. Der Übergang von einer extensiven zu einer intensiven Wachstumsstrategie (Produktivitätssteigerungen durch technologischen Fortschritt, besser ausgebildete Arbeitskräfte etc.) soll eine nachhaltige, tragfähige Entwicklung sicherstellen. Ein regionaler und sozialer Ausgleich soll durch gezielte staatliche Umverteilung und durch verbesserte interregionale Kooperation erreicht werden. Der Status der Sonderwirtschaftszonen werde sich nicht ändern (deren privilegierte Stellung war in den letzten Monaten Gegenstand scharfer Kontroversen, ist vom ZK nun aber erst einmal bestätigt worden).

Auch die Übernahme Hongkongs wird in den Zeitraum des nächsten Fünfjahresplans fallen. Das ZK-Dokument bekräftigt die Autonomierechte Hongkongs in der Zeit nach 1997 und Beijings Willen, zu einem reibungslosen Übergang beizutragen. Die von der KPCh kontrollierte Hongkonger Zeitung *Dagong Bao* führte dazu aus, daß die VR China künftig die durch Hongkong eröffneten Zugangsmöglichkeiten zu den Weltmärkten noch besser nutzen werde; zugleich würden sich die Geschäfts- und Investitionsbedingungen für Hongkonger Unternehmer in der VR China noch weiter verbessern. (DGB, 29.9.1995, nach SWB, 30.9.95)

Über die wirtschaftspolitischen Beschlüsse hinaus wurden vom KP-Zentralkomitee mehrere wichtige personelle Veränderungen in der ZK-Militärkommission gebilligt (siehe die gesonderte Übersicht "Umbesetzungen in zentralen und regionalen Militärführungen") und, wie erwartet, die Entfernung des ehemaligen Beijinger Stadtparteičhefs Chen Xitong aus Politbüro und Zentralkomitee beschlossen. (Xinhua, 28.9.95; sie-

he schon C.a., 1995/3, S.268-269) Allerdings wurde Chen Xitong bislang nicht aus der Partei ausgeschlossen und nicht vor Gericht gestellt. Die Untersuchung des Korruptionsfalles durch die ZK-Disziplinarkontrollkommission scheint nicht recht voranzukommen, auch weil Chen offenbar nicht bereit ist, ein umfassendes Geständnis abzulegen. (FEER, 12.10.1995, S.17) -hei-

*(11)

Umbesetzungen in zentralen und regionalen Militärführungen

Auf dem jüngsten ZK-Plenum wurde nicht nur eine "Modernisierung der nationalen Verteidigung" und die Entwicklung neuer Militärtechnologie angemahnt (Punkt 23 des ZK-Planvorschlages). Es wurden auch bedeutsame personelle Entscheidungen im Hinblick auf die chinesische Militärführung getroffen. (XNA, 28.9.95)

- Zu stellvertretenden Vorsitzenden der ZK-Militärkommission, dem höchsten militärischen Führungsgremium der VR China, rückten Verteidigungsminister Chi Haotian (66) und Generalstabschef Zhang Wannian (67) auf. Sie ergänzen die bisherige Führung der Militärkommission um Parteichef Jiang Zemin (69) und um die beiden Generalveteranen Liu Huaqing (79) und Zhang Zhen (80).
- Darüber hinaus wurden die Generäle Wang Ruilin (66, langjähriger Leiter des Büros von Deng Xiaoping) und Wang Ke (64, bisher Kommandeur der Militärregion Shenyang) zusätzlich als reguläre Mitglieder in die nun neunköpfige ZK-Militärkommission aufgenommen.

Chi Haotian und Zhang Wannian gelten als loyale Verbündete Jiang Zemins in der Militärführung. Sie sind voraussichtlich dazu ausersehen, die einheitsstiftende Funktion Liu Huaqings und Zhang Zhens innerhalb der Volksbefreiungsarmee zu übernehmen, sobald diese aus Altersgründen von ihren Ämtern zurücktreten.

Auch der Aufstieg Wang Ruilins, eines engen Vertrauten Deng Xiaopings, den Jiang Zemin im letzten Jahr zum General befördert hatte, dürfte gezielten Bemühungen des KP-Generalsekretärs entspringen, seine Machtbasis in der Militärführung zu festigen.

Jiang Zemin versucht in den letzten Jahren mit Geschick, Gefolgsleute Dengs in die politische und militärische Verantwortung einzubinden und sie in die neue Führungsgeneration zu integrieren. So weisen auch die jüngsten Umbesetzungen in der ZK-Militärkommission darauf hin, daß es Jiang gelingen kann, seinen Führungsanspruch zu konsolidieren. Seine Position in der zentralen Partei- und Militärführung scheint sich in den letzten zwei Jahren stetig verbessert zu haben.

Auf Fortschritte bei der innermilitärischen Konsolidierung weist das umfangreiche Revirement hin, das in den Sommermonaten in einer Reihe von militärischen Führungsorganen in der Zentrale und auf regionaler Ebene durchgeführt wurde. (GJJ, 1995/9, S.16-19; SCMP, 5.9.1995; im Detail siehe Liu Jen-Kais "Data on Changes in PRC Main Leadership".) Zahlreiche Offiziere, die die Altersgrenze (gewöhnlich 65 Jahre) erreichten, räumten ihre Position; jüngere, an Militärakademien ausgebildete Offiziere rückten nach.

Die Neubesetzungen deuten darauf hin, daß Verjüngung und Professionalisierung in der VBA nicht mehr nur beschworen werden, sondern auch tatsächlich vorankommen. Die ZK-Militärkommission allerdings ist von der Pensionierungsregelung, wie die anderen Führungsgremien der Parteizentrale auch, ausgenommen. -hei-

*(12)

Jiang Zemin und Li Peng zu Besuch bei Deng Xiaoping

Ministerpräsident Li Peng hat im Gespräch mit einem ausländischen Journalisten festgestellt, daß er erst kürzlich zusammen mit Partei- und Staatschef Jiang Zemin den "Genossen Deng Xiaoping" besucht habe. Der 91jährige Deng erfreue sich guter Gesundheit, worüber sich das chinesische Volk freuen könne.

Zugleich hob Li Peng hervor, daß "seit 1992" die neue Führungsgeneration um Jiang Zemin "in einer völlig unabhängigen Weise" für die inneren und auswärtigen Angelegenheiten Chinas verantwortlich sei und dabei große Erfolge aufzuweisen habe. (XNA, 19.9.95)

Übereinstimmend, aber unabhängig von dieser Meldung berichtete die Beijing nahestehende (und deshalb häufig mit

internen Informationen bedachte) Hongkonger Zeitschrift *Spiegel* (JB, 1995/10, S.22-24), daß Jiang Zemin und Li Peng aus Anlaß von Dengs Geburtstag am 22. August den "Chefarchitekten" der Wirtschaftsreformen besucht hätten. Deng sei um Rat im Hinblick auf gegenwärtig drängende politische Fragen und die Wirtschaftspläne für die kommenden fünfzehn Jahre gefragt worden.

Dem Hongkonger Blatt zufolge hat Deng nachdrücklich vor den Gefahren des Separatismus in der Taiwan- und Tibetfrage gewarnt; man müsse hier eine druckvolle Politik beibehalten (*baochi yidingde yali*). Deng benannte die Modernisierung von Staatssektor und Landwirtschaft als Schlüsselprobleme der wirtschaftlichen Entwicklung; nur wenn man in diesen Bereichen vorankomme, werde sich die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft durchgreifend verbessern lassen. Der gezielten Förderung des politischen Führungsnachwuchses käme in allen Bereichen grundlegende Bedeutung zu; die Rekrutierungs- und Ausbildungsanstrengungen müßten verstärkt werden. Deng äußerte sich anerkennend über die Leistungen der Führung um Jiang Zemin und erneuerte sein Vertrauen in Jiang als "Führungskern".

Auch die Vorschläge des Zentralkomitees betreffend den 9. Fünfjahresplan (1996-2000) sowie den Langzeitplan für die wirtschaftliche Entwicklung (1996-2010) hieß Deng gut: "Die letzten fünf Jahre des Jahrhunderts haben eine Schlüsselbedeutung. Wenn gute Arbeit geleistet wird, werden wir [i.e. die Kommunistische Partei] im nächsten Jahrhundert eine treibende Kraft sein". -hei-

*(13)

Vom Kommandosystem zum autoritären Korporatismus: Das chinesische Verbändewesen

Seit Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik im Jahre 1978 sind vielfältige neue Formen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Vereinigungen in China entstanden: Industrie- und Unternehmensverbände, Wissenschaftler- und Ingenieursvereinigungen sowie zahlreiche andere spezialisierte Organisationen.

Nach Angaben des Ministeriums für Zivilverwaltung, dem die Aufsicht über diese Vereinigungen obliegt, sind ge-

genwärtig auf nationaler Ebene 1.810 Verbandsorganisationen registriert. Darunter sind 688 akademisch und 416 wirtschaftlich orientiert; 525 widmen sich spezialisierten Aufgaben. Auf Provinz- und Kreisebene gibt es insgesamt mehr als 200.000 solcher Vereinigungen, darunter 76.000 im akademischen und 46.000 im wirtschaftlichen Bereich. (XNA, 17.9.95)

Diese Zahlen verdeutlichen einen tiefgreifenden Wandel: Im politischen System der VR China ist eine neue institutionelle Ebene zwischen Partei/Staat einerseits und Wirtschaft/Gesellschaft andererseits geschaffen worden. Bis in die siebziger Jahre hinein waren nur einige wenige von der Partei installierte "Massenorganisationen" (Kommunistischer Jugendverband, Gesamtchinesischer Gewerkschaftsverband, Frauenliga etc.) zugelassen worden. Sie fungierten als "Transmissionsriemen" für Parteidirektiven im Rahmen eines leninistischen Kommandosystems.

Mit der Zulassung einer Vielzahl neuer Organisationen und Verbände im Laufe der achtziger Jahre reagierte das kommunistische Regime auf die Differenzierung und Pluralisierung des Wirtschaftslebens, das sich mit den überkommenen Kontrollstrukturen der KPCh nur noch unvollständig beaufsichtigen läßt: Im dynamischen nicht-staatlichen Sektor der Wirtschaft ist die Parteiorganisation nicht mehr flächendeckend präsent.

So hat sich die kommunistischen Führung bemüht, in Ergänzung zu den geschwächten Strukturen direkter Parteikontrolle ein System indirekter Aufsicht mit Hilfe staatlich lizenzierter Verbandsorgane zu errichten. Der organisatorischen Autonomie sind im Rahmen dieser neuen Strukturen weiterhin äußerst enge Grenzen gesetzt. Jede soziale Organisation muß unter einer staatlichen Vormundschaftsinstitution (*guakao danwei*) registriert sein. Politisch unliebsame Vereinigungen (etwa regimkritische Menschenrechts- oder Umweltschutzgruppen) haben keine Chance, eine solche Registrierung und damit Legalisierung zu erlangen. Darüber hinaus wird das Führungspersonal der politisch wichtigsten Verbände - etwa der Industrie- und Gewerkschaftsverbände - auch heute noch von der KPCh gestellt.

Unter diesen Bedingungen besitzen chinesische Verbände oft einen *parastaatlichen Charakter* und sind Teil eines au-

toritären, staatszentrierten Korporatismus:

- Staatliche Instanzen statten die jeweiligen Verbände mit einem Repräsentationsmonopol - häufig verstärkt durch Zwangsgliedschaft - aus und kontrollieren die von den Verbänden vorgebrachte Interessenartikulation.
- Die so begründeten Vereinigungen stehen nicht im Wettbewerb miteinander, sondern sind hierarchisch und parallel zur Struktur der staatlichen Verwaltung organisiert.
- Der Staat beschränkt sich anders als in pluralistischen Systemen nicht auf eine Rolle als Adressat und Vermittler gesellschaftlich-wirtschaftlicher Interessen, sondern nimmt selbst die Spitze der Hierarchie ein: Regierungs- und Parteiorgane fungieren als Wächter über die Verbände.

Im Rahmen eines solchen Systems versteht es sich von selbst, daß Verbände nur bedingt als politische "pressure groups" im Dienste der von ihnen vertretenen Klientel fungieren können. Eine Liberalisierung des Staatskorporatismus, wie sie etwa in Japan, Südkorea und Taiwan in Gang gekommen ist, zeichnet sich in der VR China bislang noch nicht ab. -hei-

* (14)

Privatunternehmer sollen nicht mehr in die Kommunistische Partei aufgenommen werden

Die Beijinger Parteiführung hat verfügt, daß Privatunternehmer nicht Mitglieder der Kommunistischen Partei werden dürfen. Der "proletarische" Charakter der KPCh müsse gewahrt bleiben. Programm und Ziele der Partei ließen die Aufnahme von Privatunternehmern nicht zu. Dies hat der stellvertretende Leiter der Organisationsabteilung des KP-Zentralkomitees, Yu Yunyao, in einem Fachblatt zur Organisations- und Personalarbeit bekanntgegeben. (ZXS, 6.9.1995; siehe auch FT, 15.9.1995)

Einige lokale Parteiorgane hätten in den letzten Jahren Weisungen der Parteizentrale zuwidergehandelt, indem sie eine gewisse Zahl von Privatunternehmern in die Partei aufgenommen hätten. Yu bezeichnete Artikel in diversen regionalen KP-Zeitschriften, die über das Für und Wider einer Aufnahme von Privatunternehmern in die KPCh diskutiert hatten, als unverantwortlich.

Bereits im letzten Jahr war in internen Parteidokumenten davor gewarnt worden, daß Privatunternehmer ihre wirtschaftliche Macht nutzen könnten, um sich Zugang zur Partei und politischen Einfluß zu verschaffen. (Siehe C.a., 1994/6, S.562.) In der Tat ist es in Südchina nicht unüblich, daß erfolgreiche Privatunternehmer in lokale Parteiorgane oder Volkskongresse eintreten. Sie unterhalten in der Regel enge Beziehungen zu führenden Partei- und Regierungsfunktionären, die ihnen politische Protektion gewähren und dafür wirtschaftliche Vergünstigungen und Sonderzuwendungen erhalten.

Das Verbot der Parteiaufnahme von Privatunternehmern könnte dazu führen, daß Privatunternehmen wieder in zunehmendem Maße die "rote Tarnkappe" (*hongmaozi*) eines Kollektivunternehmens übergezogen wird: Privatwirtschaftlich geführte Betriebe erlangen eine größere politische Sicherheit, wenn sie sich formal zu einem Unternehmen des Kollektivsektors "umregistrieren" lassen. Leiter eines solchen vorgebliehen "Kollektivunternehmens" sind politisch weniger verletzbar als Privatunternehmer und können ihre Geschäfte in der Regel wie zuvor weiterführen, falls sie über gute Beziehungen zur lokalen politischen Führung verfügen.

Von Beijing verfügte Beschränkungen und Kontrollen haben in den vergangenen sechzehn Jahren der Reform- und Öffnungspolitik die Suche nach Ausweichstrategien auf lokaler Ebene immer wieder stimuliert. Das wird in diesem Falle nicht anders sein, zumal viele langjährige Parteimitglieder und -funktionäre inzwischen oft selbst auf mannigfache Weise im Privatsektor tätig sind.

Die Weisung der ZK-Organisationsabteilung wirkt jedoch ein Schlaglicht auf das anhaltende Mißtrauen der Parteiführung gegenüber dem Privatsektor. Dieser Sektor wird zwar als wirtschaftlich unverzichtbar toleriert, soll jedoch keinerlei politischen Einfluß erlangen. Offensichtlich fürchtet Beijing eine schleichende Vereinnahmung und Transformation der Partei durch die "neue Bourgeoisie", die sich in der aufstrebenden Schicht der Unternehmer und Neureichen zu formieren beginnt. -hei-

* (15)

Maßnahmen gegen illegalen Waffenhandel

Von Januar bis Juli dieses Jahres haben die Sicherheitsorgane in 14 Verwaltungseinheiten der Provinzebene mehr

als 310.000 illegale Feuerwaffen eingezogen. 162 illegale Waffenfabriken und Waffenverkaufsstätten seien geschlossen, 80 Banden von Waffenhändlern mit mehr als 2.200 Mittätern zerschlagen worden. Besonders viele Fälle illegalen Waffenhandels seien in den Provinzen Hubei und Fujian aufgedeckt worden. (ZXS, 19.9.95; nach SWB, 25.9.95)

Eine wichtige Rolle in der Bekämpfung von illegalem Waffenbesitz und Waffenhandel spielen offenbar Hinweise aus der Bevölkerung. Die unkontrollierte Verbreitung von Feuerwaffen hat in den letzten Jahren zu wachsender Beunruhigung in Bevölkerung und Sicherheitsapparat geführt, da Gewaltkriminalität und Tötungsdelikte rapide zunahmen. Auf den Tagungen des Nationalen Volkskongresses war in den letzten Jahren immer wieder scharfe Kritik an Justiz- und Sicherheitsorganen geübt worden, denen vorgeworfen wurde, nicht entschieden genug gegen die Kriminalität vorzugehen.

Es ist jedoch zweifelhaft, ob die Maßnahmen zur Eindämmung des Waffenhandels zu durchgreifenden Erfolgen führen werden: Teile des Polizei- und Militärapparates sind rege an illegalen Waffengeschäften beteiligt. Dieser Mißstand ist die wichtigste Ursache dafür, daß das staatliche Waffenmonopol in China überhaupt bröckelt. -hei-

* (16)

Territorialstreitigkeiten zwischen Provinzen: Beijing legt Grenzen fest

Streitigkeiten um den Grenzverlauf zwischen Provinzen, die zum Teil eine lange Vorgeschichte haben und in den letzten Jahren wieder verstärkt aufgetreten sind, sollen von diesem Jahr an durch die Zentralregierung verbindlich geregelt und beigelegt werden.

Eine interministerielle Arbeitsgruppe aus insgesamt zehn Ministerien und Kommissionen des Staatsrats legte nach sechsjähriger Tätigkeit einen Pilotplan zur Regelung des Grenzverlaufs zwischen sechs Provinzen und Autonomen Regionen vor. Noch in diesem Jahr soll mit den Demarkierungsarbeiten an den Provinzgrenzen begonnen werden.

Insgesamt gibt es innerhalb Chinas mehr als 60 Regionen, in denen der Grenzverlauf zwischen Provinzen verbindlich festzulegen ist. Die Grenzlinien müssen jeweils einzeln vom Staatsrat bestätigt werden. Im Oktober soll eine nationale Arbeitskonferenz zur

Demarkierungsarbeit abgehalten werden. Auch soll eine ressortübergreifende, hochrangige Führungsgruppe für die Grenzfestlegungen errichtet werden. (XNA, 18.9.95)

Aus dem an diesen Arbeiten beteiligten Ministerium für Zivilangelegenheiten verlautete, daß die neue Demarkierung notwendig sei "für die wirtschaftliche Entwicklung, soziale Stabilität und die Einheit verschiedener ethnischer Minderheiten in den Grenzregionen". Die Äußerung weist darauf hin, daß es im Grenzbereich zwischen Provinzen und Autonomen Regionen offenbar anhaltende Auseinandersetzungen um die landwirtschaftliche oder sonstige Nutzung der Grenzgebiete gibt.

Besonders problematisch ist die Grenzziehung nach offizieller Einschätzung in Gebieten, wo drei Provinzen zusammenstoßen. Diese Gebiete sind in der chinesischen Geschichte mehrfach wechselnden Gebietskörperschaften zugeschlagen worden und stellten immer wieder eine Art hoheitsfreien Raum dar: Auch die chinesischen Kommunisten machten sich in der Revolutionszeit den Umstand zunutze, daß in Grenz-dreiecken die regionale Ordnungsmacht gewöhnlich weniger konsequent auftrat.

Die Beijinger Führung will nun mit der Festlegung der Grenzlinien dazu beitragen, die Beziehungen zwischen Nachbarprovinzen zu verbessern und die wirtschaftliche Nutzung der Grenzgebiete zu verbessern. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(17)

Vierte Weltfrauenkonferenz

Vom 4.-15. September 1995 fand in Beijing die vierte Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen statt. Etwas zeitversetzt dazu, vom 30.8.-8.9.1995, lief das Frauenforum der Nichtregierungsorganisationen, das sog. NGO-Forum über Frauen '95, in dem ca. 50 km von der Hauptstadt entfernt liegenden Ort Huairou ab. Bei beiden Veranstaltungen handelte es sich um die größten Frauenkonferenzen, die jemals abgehalten wurden. Gemessen an der Teilnehmerzahl, war es die größte internationale Konferenz, die die Vereinten Nationen je organisiert haben. Auch

China hat nie zuvor eine so große internationale Konferenz organisiert. Für die Weltfrauenkonferenz wurde eine Teilnehmerzahl von ca. 17.500 angegeben; davon waren gut 5.300 offizielle Delegierte, gut 3.800 von Nichtregierungsorganisationen und 3.200 von den Medien. Sie vertraten alle 181 UN-Mitgliedstaaten sowie acht weitere Staaten und UN-Organisationen. Ferner waren über 4.000 Journalisten aus 124 Ländern akkreditiert, darunter allein 841 aus China selbst. (XNA, 9.9.95) Das NGO-Forum zählte über 30.000 Teilnehmerinnen aus 185 Ländern und Regionen (XNA, 31.8.95), darunter etwa 5.000 Teilnehmerinnen aus China (XNA, 9.9.95).

China hatte sich 1990 um Beijing als Veranstaltungsort beworben und 1991 den Zuschlag erhalten. Damit erhoffte sich China international großen Prestigegewinn, und so legte die chinesische Seite denn auch allen Ehrgeiz in eine optimale Organisation, um den Erfolg der Konferenz zu sichern. An das chinesische Organisationskomitee wurden höchste Anforderungen gestellt, die es trotz vieler, vor allem in der westlichen Presse betonter, aber bei einer solchen Mammutkonferenz unvermeidlicher Pannen zur Zufriedenheit der Mehrzahl der Teilnehmer bewältigte. In chinesischen Pressemeldungen wurde die in westlichen Medien geäußerte Kritik als unfair und einseitig bezeichnet (vgl. z.B. *Dagong Bao*, Hongkong, 15.9.95, nach SWB, 26.9.95; RMRB, 12.9.95, S.4; *Zhongguo Tongxun She*, Hongkong, 16.9.95, nach SWB, 19.9.95; XNA, 6., 8., 9.9.95); statt dessen wurden mit Genugtuung die positiven Stimmen ausländischer Teilnehmer hervorgehoben (RMRB, 18. u. 19.9.95, S.7).

Den organisatorischen Aufwand mögen einige Zahlen verdeutlichen: Auf dem Beijinger Konferenzgelände im Kongreßzentrum Beijing wurde Konferenzraum für insgesamt 370 Stunden und 122 Sitzungen zur Verfügung gestellt, in Huairou für 4.800 Stunden und 3.200 Workshops. 10.000 Busse wurden für Fahrten zwischen Beijing und Huairou bereitgestellt; 2.400 freiwillige Helfer waren zur Betreuung der Teilnehmer beider Veranstaltungen angeboten, und 7.000 freiwillige Helfer standen für Hilfsdienste außerhalb des eigentlichen Kongresses zur Verfügung. Für 40 ausländische Journalistengruppen wurden 29 Interviews außerhalb der Weltfrauenkonferenz organisiert. Auf der Konferenz selbst wurden Fazilitäten

für 21 Pressekonferenzen verschiedener Delegationen geschaffen, und das Rundfunk- und Fernsehzentrum der Konferenz stellte Übertragungskapazität für 10.415 Minuten bereit. Nicht zuletzt wurden fast eine halbe Million Kopien an Hintergrundmaterial verteilt. (XNA, 8.9.95) Darüber hinaus mußte China eine komplette Kommunikationsinfrastruktur schaffen, die während der Konferenz über Internet und E-mail die Kommunikation mit Menschen in aller Welt ermöglichte. Für diese Zwecke waren allein im Pressezentrum des NGO-Forums 240 Computer aufgestellt. Zudem wurde das Telefonnetz extra für die Konferenz stark ausgebaut, und zwar in Form von acht zusätzlichen Glasfaserkabeln von 90 km Länge zwischen Huairou und Beijing. Für diese Dienste standen dem Forum 2.500 Telefone und 70 Faxgeräte zur Verfügung. (XNA, 8.9.95) In Huairou waren die Teilnehmerinnen in 32 Hotels und 60 Apartmenthäusern untergebracht (XNA, 10.9.95). Die Gesamtausgaben der chinesischen Regierung für die Konferenz beliefen sich auf 250 Mio. Yuan. Davon wurden gut 100 Mio. Yuan direkt für die Konferenz aufgewendet, z.B. für Organisationsarbeit, Dienstleistungen für die Konferenz und die großen Aktivitäten, die für die Frauenkonferenz und das NGO-Forum organisiert worden waren. Etwa 150 Mio. Yuan wurden für den Ausbau der Infrastruktur ausgegeben, d.h. für Gebäude, Zelte, Straßen, Transport, Kommunikation und Sanitäranlagen. Diese Infrastruktur wird nach der Konferenz weiter genutzt. (XNA, 16.9.95)

Das Motto der Weltfrauenkonferenz lautete "Gleichheit, Entwicklung und Friede", das des NGO-Forums "Die Welt durch die Augen der Frauen betrachten". Auf dem NGO-Forum engagierten sich chinesische Frauen insbesondere in Themengruppen wie Umwelt (XNA, 2.9.95), weibliche Hochschullehrer und Studentinnen (XNA, 3.9.95) sowie Familienplanung. Hier forderten chinesische Expertinnen insbesondere eine stärkere Beteiligung der Männer an der Familienplanung in China (XNA, 3.9.95). Hervorzuheben ist die aktive Beteiligung verschiedener Frauengruppen ethnischer Minderheiten Chinas (XNA, 4.9.95), wobei die Tibeterinnen die meiste Aufmerksamkeit auf sich zogen. Im Zelt der tibetischen Frauen waren ausschließlich Tibeterinnen vertreten, die Beijing gegenüber loyal sind und die versuchten, ihre Position und die Lage Tibets gegenüber Angriffen von Ausländerseite und von Exiltibete-